



## Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 11.07.2017.

Sitzungsort: im Forum des Gymnasiums, St. Amand-Montrond-Str. 1, 48301 Nottuln  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 22:38 Uhr

## Anwesenheitsliste

### Vorsitzende

Manuela Mahnke Bürgermeisterin

### Ratsmitglieder

Vural Bahceci	SPD	
Silke Beckhaus	CDU	anwesend ab 19:15 Uhr TOP A 4
Hermann Büßing	CDU	
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Manfred Gausebeck	SPD	
Margarete Große Wiesmann	CDU	
Wolf-Herbert Haase	SPD	
Karl Hauk-Zumbülte	UBG	
Stephan Hofacker	Bündnis 90/Die Grünen	
Ludger Jaxy	Bündnis 90/Die Grünen	
Jürgen Jendroska	Die Linke	anwesend bis 22:10 Uhr TOP A 12
Claudia Jürgens	SPD	
Brigitte Kleinschmidt	UBG	
Stefan Kohaus	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend bis 22:10 Uhr TOP A 12
Paul Leufke	CDU	

Volker Ludwig	SPD	
Markus Lunau	CDU	anwesend bis 22:10 Uhr TOP A 12
Heinz Mentrup	CDU	
Heinz Niederschmidt	CDU	
Klaus Overesch	CDU	
Roswitha Roeing-Franke	CDU	
Christian Rose	CDU	
Hartmut Rulle	CDU	
Georg Schulze Bisping	CDU	
Klaus Teichmann	UBG	
Jutta Tiefenbach	UBG	anwesend ab 19:30 Uhr TOP A 4
Friedhelm Timpert	CDU	
Martin Uphoff	CDU	
Marco Upmann	CDU	
Michael Volbers	SPD	
Helmut Walter	FDP	
Andreas Winkler	SPD	
Markus Wrobel	FDP	

**Von der Verwaltung**

Doris Block		
Karsten Fuchte		
Benedikt Gellenbeck		anwesend bis 20:47 Uhr TOP A 10.1
Caglayan Korkmaz		
Daniel Krüger		
Christian Westebbe		

**Schriftführung**

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

### **A. Öffentliche Sitzung**

<b>1</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</b>
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Gemeinde Nottuln fest.

<b>2</b>	<b>Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt</b>
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Sitzungsniederschrift wird einstimmig Ratsherr Klaus Overesch bestimmt.

<b>3</b>	<b>Mitteilungen</b>
----------	---------------------

Die Bürgermeisterin verliest die beiden Anträge der CDU vom 23.06.2017, den Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2017 sowie den Antrag der UBG vom 23.07.2017. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die Tischvorlage 124/2017 zu dem 1. Bauabschnitt des barrierefreien Umbaus im Ortskern zu Beginn des TOP „Bau- und Planungsangelegenheiten“ besprochen wird. Die Auflistung der eingegangenen Angebote erfolgt nichtöffentlich (Vorlage 125/2017). Der Dringlichkeitsantrag der CDU wird unter dem TOP A 4 behandelt, der auch für Bürgerfragen geöffnet wird. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend. Ergänzend nimmt die Bürgermeisterin Stellung zu dem Brandvorfall am Rathausgebäude.

**4 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2017 "Verfahren zur Selbstauskunft der Nottulner Bürger/innen zur Erhebung der Wasserverbandsgebühren sofort stoppen"**

Zu Beginn der Präsentation zu dem Thema „Wasserverbandsgebühren“ stellt die Bürgermeisterin klar, dass das Vorgehen an gesetzliche Vorgaben gebunden sei und ein schlichtes Verwaltungshandeln darstelle. Weiterhin hebt sie hervor, dass die Kompetenzen des Rates auch nicht beschnitten werden sollen. Ebenso will die Gemeinde auch keine neue Geldquelle erschließen. Es handelt sich um eine Gebühr, die der Gemeinde in Rechnung gestellt wird und wie bisher auf die Bürger umgelegt wird. Neu ist, dass die Kosten zur Erfüllung der Pflicht zur Gewässerunterhaltung zu 90% auf die versiegelten Flächen und zu 10% auf die übrigen (=unversiegelten) Flächen umgelegt werden sollen. Dazu benötigt die Gemeindeverwaltung über die Selbstauskunft das entsprechende Datenmaterial, was in dieser Form noch nicht existiert. Die Bürgermeisterin unterstreicht, dass der Rücklauf der Selbstauskünfte schon nach der ersten Woche 25% betragen hat. Bedingt durch die öffentliche Diskussion ist die Rücklaufquote jedoch gesunken.

Im Anschluss an die Präsentation der Bürgermeisterin macht Ratsherr Hartmut Rulle deutlich, dass der Rat das Ermessen habe, über das Vorgehen der Verwaltung zu entscheiden. Ansonsten sei die Angelegenheit juristisch offen. Frau Block informiert, dass die Bürger im Innenbereich jetzt schon über die Niederschlagswassergebühr an den Kosten der Wasserverbände beteiligt sind. Den Betrag beziffert sie auf rund 35.000,- €, der auf die Bürger umgelegt wird. Somit zahlen zurzeit bereits alle Nottulner Bürger. Weiterhin führt sie aus, dass beim Vorliegen der Datenbasis nach Auswertung der Selbstauskünfte die Politik über die neue Satzung zu entscheiden hat. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt schlichtes Verwaltungshandeln vor für eine neue Kalkulation. Ratsherr Helmut Walter sieht in dem Vorgehen der Verwaltung ein Kommunikationsproblem. Bereits zu Beginn des Prozesses hätte die Verwaltung die Politik umfassender informieren müssen. Ratsfrau Claudia Jürgens kann die Hinweise der CDU nicht nachvollziehen, da über das Vorgehen aufgeklärt wurde. Auch Ratsherr Markus Lunau formuliert ein Kommunikationsproblem. Aufgrund der jetzt aktuell vorliegenden und umfassenden Information seitens der Verwaltungsleitung zieht Ratsherr Hartmut Rulle den Antrag der CDU zurück. Die Bürgermeisterin bedankt sich, da somit die Weiterführung des Verfahrens möglich ist und öffnet den Tagesordnungspunkt für Fragen der anwesenden Bürger-/innen. Die Präsentation wird auf der Homepage der Gemeindeverwaltung veröffentlicht.

Die Präsentation der Bürgermeisterin ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 1 beigelegt.

**5 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

<b>6</b>	<b>Angelegenheiten des Rates und seiner Ausschüsse</b>
<b>6.1</b>	<b>Umbesetzung von Ausschüssen, hier: Antrag der Fraktion Bündnis90 / DIE GRÜNEN vom 26.06.2017</b> <b>Vorlage: 122/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

### **Beschluss:**

- a) Frau Agnes Schürkötter, Burgstr. 36, 48301 Nottuln wird sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit. Sie übernimmt den Platz von Herrn Klaus Kienle.

Somit besteht der Ausschuss künftig auch weiterhin aus 11 Ratsmitgliedern und 8 sachkundigen Bürgern.

- b) Herr Klaus Kienle wird stellvertretender sachkundiger Bürger im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Ausschusses unverändert.

- c) Herr Stephan Gerlach wird stellvertretender sachkundiger Bürger im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit sowie im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen.

Im Übrigen bleibt die Besetzung des Ausschusses unverändert.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>7</b>	<b>Anträge</b>
<b>7.1</b>	<b>Antrag der UBG-Fraktion: Unterkünfte für Geflüchtete in Nottuln und Appelhülsen</b> <b>Vorlage: 100/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss.

## **Beschluss:**

gemäß Antrag:

„Die Unterkünfte für Geflüchtete in Nottuln und Appelhülsen, deren Planung und Bau am 20.09.2016 im Rat (Vorlage 135/2016, TOP 10.2) beschlossen worden war, jedoch laut Ratsbeschluss vom 23.05.2017 (Vorlage 083/2017, TOP 5.2) weder gebaut noch geplant werden dürfen, sollen bis zur Baureife geplant werden.“

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 13	Nein: 21	Enthaltung: 0
--------	----------	---------------

### **7.2 Antrag der FDP-Fraktion: Bedarf an Mietwohnraum in der Gemeinde Nottuln Vorlage: 121/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 4 beigelegt.

## **Beschluss:**

Der Antrag wird an den zuständigen Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

### **8 Bestellung des Behindertenbeauftragten der Gemeinde Nottuln Vorlage: 120/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 5 beigelegt.

Die Bürgermeisterin bedankt sich für die von Herrn Udo Strebelt geleistete Arbeit und beglückwünscht Herrn Heinz Rütering zur Wahl zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Gemeinde Nottuln.

## **Beschluss:**

Gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Gemeinde Nottuln vom 02.02.2010 wird Herr Heinz Rütering mit Wirkung zum 15.07.2017 als ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter der Gemeinde Nottuln bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig angenommen**

<b>9</b>	<b>Einrichtung eines Kulturbeirates sowie Neufassung der Kulturförderrichtlinien</b> <b>Vorlage: 111/2017</b>
----------	--

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 6 beigelegt.

## **Beschluss:**

Es wird ein Beirat für Kunst und Kultur eingerichtet. Die als Anlage beigelegte Geschäftsordnung des Beirates für Kunst und Kultur der Gemeinde Nottuln wird beschlossen. Zudem werden die Kulturförderrichtlinien wie in der Anlage dargestellt neugefasst und beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**  
**mehrheitlich angenommen**

Ja: 31	Nein: 1	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

<b>10</b>	<b>Haushaltsangelegenheiten</b>
<b>10.1</b>	<b>Förderprogramm Gute Schule 2020</b> <b>Vorlage: 105/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 7 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss.

## **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt das Rahmenkonzept zur Verwendung der Mittel „Gute Schule 2020“ für die Schulen in der Trägerschaft der Gemeinde Nottuln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung bei der NRW.BANK die Darlehen zur Finanzierung von Sanierung, Modernisierung und Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur zu beantragen.
3. Sofern sich aus der Umsetzung überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen ergeben, die durch die Fördermittel des Landes gedeckt werden, gelten diese als genehmigt.

## **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>11</b>	<b>Bau- und Planungsangelegenheiten</b>
<b>11.1</b>	<b>Barrierefreier Umbau des Ortskerns, 1. Bauabschnitt; hier: überplanmäßige Auszahlung Vorlage: 124/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 8 beigelegt.

Herr Fuchte erläutert den Sachverhalt. Er informiert, dass der Preisrahmen des 1. Bauabschnitts im Ortskern wegen Preissteigerungen im Tiefbau nicht eingehalten werden kann. Die Überschreitung beträgt 85.000,- € und hat auch eine Erhöhung der KAG-Beiträge zur Folge. Bei Zustimmung des Rates ist eine kurzfristige Auftragsvergabe möglich. Wegen der finanziellen Situation der Gemeinde weist Frau Block auf die notwendige Deckung hin. Mit der Einsparung, bedingt durch die Schließung des Hauptschulgebäudes als Notunterkunft für Flüchtlinge von rund 350 T€, sind die zusätzlichen liquiden Mittel finanzierbar.

Die Bürgermeisterin unterbricht den öffentlichen Teil der Sitzung von 20:08 Uhr bis 20:12 Uhr, um in diesem Zusammenhang die nichtöffentliche Tischvorlage 125/2017 mit der Auflistung der eingegangenen Angebote zu diskutieren.

Im wieder aufgenommenen öffentlichen Teil der Sitzung informiert Herr Fuchte auf die Frage von Ratsherrn Markus Lunau hin über den Preisunterschied und die Gründe der zunächst geplanten gebundenen Bauweise und der dann geänderten ungebundenen Bauweise mit deutlich höher liegenden Kosten als veranschlagt. Ratsherr Richard Dammann erwartet von den Planungsbüros eine unbedingte Kostensicherheit und lehnt den Beschlussvorschlag ab. Ratsherrn Karl Hauk-Zumbülte fällt es schwer, mit dieser Beschlussvorlage die zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von 85.000,- € zu bewilligen, zumal die Bürger auch dafür bezahlen müssen. Er wirbt für eine Verschiebung der Baumaßnahme um ein halbes Jahr, um Zeit zu haben, andere Kalkulationsgrundlagen zu erarbeiten. Weiterhin sieht er die eingeplante finanzielle Reserve als zu optimistisch ge-

rechnet. Auch der Wegfall von Stellplätzen wirkt sich negativ auf die Entscheidung aus. Herr Fuchte weist darauf hin, dass archäologische Untersuchungen nicht zu befürchten sind, da eine gewisse Tiefe bei den Bauarbeiten nicht erreicht wird. Auf Wunsch des Rates erläutert Herr Krüger die in der Beschlussvorlage dargestellten Kosten. Auch für Ratsherrn Helmut Walter ist die Kostensteigerung von 85.000,- € der Anlass, das Projekt in das nächste Jahr zu verschieben, um Zeit für eine Überarbeitung der Planung zu gewinnen. Ratsfrau Roswitha Roeing-Franke sieht mit der zeitlichen Verschiebung des Projektes kein Sinken der Preise. Durch das Abwarten, auch vor dem Hintergrund einer Ungewissheit bzgl. der Städtebaufördermittel, könnten Probleme entstehen. Ratsfrau Claudia Jürgens betrachtet die Kostensteigerung als ein großes Ärgernis für die Betroffenen. Herr Krüger informiert, dass bei der Ausführungsplanung die Kostenberechnung erstellt wird. Ursache dieser Kostensteigerung ist die Situation des Marktes. Ratsherr Andreas Winkler weist ebenfalls beim Verschieben der Maßnahme auf die Fördermittel hin, die dann eventuell gefährdet sein könnten. Auf Antrag von Ratsherrn Hartmut Rulle unterbricht die Bürgermeisterin die Sitzung von 20:47 Uhr bis 20:58 Uhr.

Ratsherr Manfred Gausebeck macht deutlich, dass die Umgestaltung des Kastanienplatzes im Rahmen des Handlungskonzeptes die einzige Aktion bleibt, wenn dem 1. Bauabschnitt nicht zugestimmt werden sollte. Unsicherheiten liegen bei der neuen Landesregierung und dessen Umgang mit Fördermitteln. Außerdem sieht er in der Verschiebung der Maßnahme eine Rufschädigung für die Gemeinde. Ratsherr Markus Lunau bekräftigt, dass die CDU das Projekt durchziehen will. Als Sicherheit für die Anlieger können Ablöseverträge geschlossen werden, wenn sie es wollen. Die Bürgermeisterin sagt diese Vorgehensweise zu. Entsprechend wird der Beschlussvorschlag erweitert.

## **Beschluss:**

Für den Bau des Projektes „Barrierefreier Umbau Ortskern Nottuln, 1. Bauabschnitt“ werden überplanmäßig Mittel in Höhe von 85.000 Euro bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß der Vergabeempfehlung den Auftrag zu erteilen. Mit den Anliegern werden auf Wunsch Ablöseverträge geschlossen.

## **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

Ja: 25	Nein: 9	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**11.2 Entwicklungsvarianten Spielplatz Busenbaumstraße  
Vorlage: 067/2017**

Die Beschlussvorlage ist als Anlage Nr. 9 beigefügt.

**Beschluss:**

Der 4 Meter breite Grundstücksstreifen des Spielplatzes wird zu einem Verkaufspreis von 195 Euro/m<sup>2</sup> verkauft. Somit werden bei 45,2 m<sup>2</sup> (Grundstücksstreifen) 8.814 Euro eingenommen. Zudem werden die Kosten von 2.500 Euro für die Verlegung der Spielgeräte durch den Käufer getragen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen**

Ja: 30	Nein: 4	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**11.3 Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 "Schul-, Sport- und Erholungszentrum"  
im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB zur Festsetzung eines  
Allgemeinen Wohngebietes;  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 102/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 10 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Ein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB für den in Anlage 1 abgegrenzten Änderungsbereich wird eingeleitet (Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB).

Ziel des Verfahrens ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 4	Nein: 30	Enthaltung: 0
-------	----------	---------------

**11.4 Antrag auf Aufstellung einer Innenbereichssatzung gemäß § 34 BauGB;  
hier: Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB "Appelhülsen Achterkamp";  
Einleitung des Verfahrens  
Vorlage: 110/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 11 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Ein Verfahren zur Aufstellung der Satzung „Appelhülsen Achterkamp“ im Sinne von § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB (Innenbereichssatzung) für den in Anlage 6 abgegrenzten Geltungsbereich wird eingeleitet.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

**11.5 Erweiterung des Naturparks Hohe Mark - Westmünsterland  
Vorlage: 112/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 12 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Die in der Sachdarstellung beschriebene Flächenerweiterung des „Naturpark Hohe Mark – Westmünsterland“ auf der Fläche der Gemeinde Nottuln und der Beitritt der Gemeinde Nottuln in den Verein „Naturpark Hohe Mark – Westmünsterland e.V.“ zum 01.01.2018 wird beschlossen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Ausweisung der Flächen als Naturparkflächen durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese wird im laufenden Jahr 2018 erwartet. Aus formalen Gründen vom Ministerium initiierte kleinere, nicht wesentliche Flächenänderungen gegenüber der Anlage 1 sind

mit diesem Ratsbeschluss abgedeckt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen haushaltsmäßigen Voraussetzungen für den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 € sowie die Finanzierungsumlage in Höhe von 1.546 €, jährlich also insgesamt 2.546 € im Haushalt der Jahre 2018 und 2019 bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

Ja: 27	Nein: 0	Enthaltung: 7
--------	---------	---------------

**11.6 Aufstellungsbeschluss zur 78. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 151 "Einkaufsbereich Rhodeplatz und ZOB Nottuln" im Parallelverfahren  
Vorlage: 116/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 13 beigelegt.

Herr Fuchte informiert, dass der Aufstellungsbeschluss zunächst ein ergebnisoffenes Verfahren darstellt. Die weitere Planung wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wobei die Anregungen, die zu Änderungen führen, von der Verwaltung ernst genommen werden. Dies ist ein Prozess, der sich über ca. zwei Jahre hinziehen kann. Ratsfrau Roswitha Roeing-Franke würde eine Lösung mit zwei Kreisverkehrsplätzen bevorzugen. Zudem weist sie auf die Dringlichkeit eines weiteren Pendlerparkplatzes hin.

**Beschluss:**

Ein Verfahren zur 78. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Einkaufsbereich Rhodeplatz und ZOB Nottuln“ im Parallelverfahren für den in Anlage 1 abgegrenzten Geltungsbereich wird eingeleitet (Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch).

Ziel der Verfahren ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Neustrukturierung und Erweiterung des Einkaufsbereichs Rhodeplatz. Damit soll eine Verschiebung des ZOB einhergehen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen**

Ja: 26	Nein: 8	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**11.7 Standortfestlegung für ein künftiges Feuerwehrgerätehaus Appelhülsen  
Vorlage: 117/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 14 beigelegt.

Die Bürgermeisterin verliest den Beschlussvorschlag.

Ratsherr Heinz Mentrup beschreibt die Gründe für den durch die Feuerwehr favorisierten Standort Dirksfeld. Die Bürgermeisterin sagt eine ergebnisoffene Prüfung zu, bei der Sicherheitsaspekte stets das größte Gewicht haben werden.

**Beschluss:**

Im Rahmen der erforderlichen Standortfestlegung für ein künftiges Feuerwehrgerätehaus Appelhülsen wird die Verwaltung beauftragt, insbesondere folgende Aspekte zu prüfen:

1. Es ist für die Standorte Dirksfeld und Nördlich Hellerstraße zu prüfen, ob das im Brandschutzbedarfsplan definierte Schutzziel für den gesamten im Zusammenhang bebauten Ortsteil Appelhülsen sowie die künftigen potentiellen Bauflächen erreicht wird. Hierbei sind auch die unterschiedlichen Ausrückzeiten zu berücksichtigen.
2. Standortbedingte Kostenunterschiede für die Erschließung (insb. Ver- und Entsorgung und Anpassung des Geländeneiveaus) sind zu benennen.
3. Mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW ist zu eruieren, wie bei beiden Standorten eine Anbindung an die L 844 erfolgen kann.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

**11.8 Bebauungsplan Nr. 148 "Zwischen Lindenstraße und Münsterstraße -  
Appelhülsen"; hier: Satzungsbeschluss  
Vorlage: 119/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 15 beigelegt.

Herr Fuchte informiert, dass die Entwurfsvariante mit eingeschossiger Bebauung in der Sitzung nach der Sommerpause vorgelegt wird.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

## **Beschluss:**

1. Der Rat der Gemeinde Nottuln stimmt der Abwägung der zum Bebauungsplan Nr. 148 „Zwischen Lindenstraße und Münsterstraße - Appelhülsen“ abgegebenen Stellungnahmen, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zu.
2. Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 148 „Zwischen Lindenstraße und Münsterstraße - Appelhülsen“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3 und 4) wird beschlossen.

## **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 8	Nein: 19	Enthaltung: 7
-------	----------	---------------

<b>12</b>	<b>Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung</b>
<b>12.1</b>	<b>Anmietung von Flächen im Ortskern Vorlage: 079/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 16 beigelegt.

Die Bürgermeisterin berichtet, dass Frau Urosevic die Möglichkeit geboten habe, die Räumlichkeiten des Ladenlokals am Kastanienplatz der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein breiter Austausch habe stattgefunden.

Ratsherr Richard Dammann sieht das Projekt als Totgeburt, da durch das Fehlen eines Magnetes wie Aldi kein Mitnahmeeffekt vorhanden sei. Ratsherr Georg Schulze Bisping bezeichnet das Projekt zwar als schwierig, aber es sei fahrlässig, keinen Versuch zu wagen. Ratsfrau Brigitte Kleinschmidt stuft das Projekt kritisch ein und weist auf Leerstände in Nottuln hin, die besser geeignet seien. Da dieses Projekt von der Gemeinde bezuschusst werde, könne eine Unzufriedenheit in der Kaufmannschaft entstehen. Ratsherr Jürgen Jendroska steht dem Projekt positiv gegenüber. Dies sei auch die Sichtweise der Kaufmannschaft.

## **Beschluss:**

Die Wirtschaftsförderung wird beauftragt ein Pilotprojekt für eine Ladenfläche im Ortskern gemäß vorgestelltem Konzept umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen**

Ja: 20	Nein: 9	Enthaltung: 5
--------	---------	---------------

**12.1.1 Antrag der SPD-Fraktion: Wirtschaftsförderung in und für Nottuln  
Vorlage: 123/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 17 beigelegt.

Ratsherr Manfred Gausebeck stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor, den er als Richtschnur und Basispapier für das künftige Vorgehen im Bereich der Wirtschaftsförderung sieht. Im Verlauf der Diskussion wird deutlich, dass es die Aufgabe der Verwaltung ist, die Stelle der Wirtschaftsförderung zu bewerten und auszuschreiben. Es besteht Einigkeit, dass Politik und Verwaltungsleitung die Erwartungen und Ziele an die Wirtschaftsförderung in Nottuln in einem geeigneten Rahmen diskutiert werden müssen.

**Abstimmungsergebnis:  
zur Kenntnis genommen**

**13 Verbesserung des ÖPNV  
Vorlage: 118/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 18 beigelegt.

Herr Korkmaz erläutert den Sachverhalt und informiert, dass auf eine differenzierte Kostenaufstellung seitens des ÖPNV gewartet wird. Sämtliche Fragestellungen zu den Kosten sind noch nicht beantwortet worden.

Im Verlauf der Diskussion wird deutlich, das Thema zu vertagen, wenn verlässliche Zahlen vorliegen. Weiterhin macht es keinen Sinn, über einzelne Linien zu sprechen.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung auf Wunsch der SPD-Fraktion von 22:07 Uhr bis 22:11 Uhr fasst der Rat folgende Beschlüsse:

**Beschlüsse:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuaufstellung des örtlichen und zukunftsfähigen Nahverkehrskonzeptes durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

2. Start eines Modellversuchs, aus der Taxibuslinie Nottuln-Appelhüsen an Schultagen eine reguläre Buslinie mit einer Kostendeckelung in Höhe von 5.000,- € zu machen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich abgelehnt**

Ja: 13	Nein: 18	Enthaltung: 0
--------	----------	---------------

<b>14</b>	<b>Satzungsangelegenheiten</b>
<b>14.1</b>	<b>Änderung der Abfallsatzung zum 01.08.2017 Vorlage: 099/2017</b>

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 19 beigelegt.

**Beschluss:**

Die Satzungsänderung wird entsprechend der Anlage beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen**

<b>15</b>	<b>Verschiedenes</b>
-----------	----------------------

Ratsherr Christian Rose schlägt vor, die geänderten Beschlussvorschläge in den Ratssitzungen künftig mit dem Beamer an die Wand zu werfen. Ratsfrau Claudia Jürgens erweitert diese Anregung auf alle Beschlussvorschläge.

Ratsherr Volker Ludwig empfiehlt, die verlängerte Fristsetzung bei den Selbstauskünften auf den 31.07.2017 in der Presse zu veröffentlichen.

---

Manuela Mahnke  
Vorsitzende

---

Klaus Overesch  
Ratsmitglied

---

Elke Schulz  
Schriftführerin